



NEWSLETTER, JANUAR 2020

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,
sehr geehrte Damen und Herren und Interessierte,
Volksbegehren im Endspurt - wir brauchen noch Unterstützung!

Nur noch 5 Wochen für 5 Unterschriften

am Montag, den 2. März 2020, endet die Eintragsfrist für das "Volksbegehren zum Schutz des Wassers". Danach sind keine Eintragungen oder Abgaben in den Ämtern mehr möglich und auch die Initiative darf danach keine Unterschriften mehr annehmen. Wir gehen derzeit davon aus, dass wir mit einem Endspurt die 80.000 Unterschriften erreichen können. Dazu müssen wir alle noch kräftig sammeln - und die Aktion "Gib mir fünf" kräftig bewerben, die wir hier vorstellen:

Unser "Rathausfinder" für Schleswig-Holstein
Dabei sein und unterschreiben ist jetzt ganz einfach. Wir haben mit unserem "Rathausfinder" eine Möglichkeit entwickelt, wie man offizielle und inoffizielle Eintragungsstellen für das Volksbegehren in seiner Nähe finden kann.

[Jetzt hier klicken & alle Eintragungsstellen in Ihrer Nähe finden...](#)

Aktion: 5 Unterschriften bis 2. März 2020

Wir bitten Sie/Dich heute darum, [das Unterschriftenformular hier herunterzuladen](#), es auszudrucken, 5 Unterschriften selber zu sammeln und dieses Schreiben mit der Bitte um Unterstützung an 5 weitere Personen aus Schleswig-Holstein zu schicken. Unterschriftsberechtigt sind alle deutschen Staatsbürger ab 16 Jahren, die seit mindestens 6 Wochen in Schleswig-Holstein gemeldet sind.

[Jetzt hier das Unterschriftenformular herunterladen...](#)

Mit dem Volksbegehren zum Schutz des Wassers in Schleswig-Holstein soll insbesondere erreicht werden, dass keine neuen Öl- und Gasvorkommen in Schleswig-Holstein erschlossen werden, wie es die WintershallDea derzeit für das Weltnaturerbe Wattenmeer plant. Für Schleswig-Holstein waren 2013 für über die Hälfte der Landesfläche Lizenzen zur Aufsuchung und Förderung von Erdöl vergeben worden und weitere Anträge gestellt. (s. Karte im Anhang) Dabei würde immer eine Seismik

durchgeführt werden, bei der zudem mit Gebäudeschäden zu rechnen ist, wie es 2009/2010 im Kreis Plön bei der dort durchgeführten Seismik häufig vorkam. (S. Karte im Anhang) Nur der entschiedene Widerstand von Gemeinden, Bürgerinnen und Bürgern, Bürgerinitiativen und Umweltverbänden ist es zu verdanken, dass in Schleswig-Holstein zur Zeit nicht großflächig nach Erdöl gesucht, gefördert und gefracked wird, sondern sich die Firmen weitgehend zurückgezogen haben. Das gilt es zu erhalten!

Durch den Druck des Volksbegehrens ist jetzt schon erreicht worden, dass die wasserrechtlichen Teile des Volksbegehrens im Landtag verabschiedet wurden, und der Landtag am 23.01.2020 entschieden hat, dass Schleswig-Holstein eine Bundesratsinitiative für ein bundesweites Frackingverbot starten soll.

Aber beim Thema Transparenz verweigert die Regierungs-Koalition ihre Zustimmung. Es geht darum, dass Behörden und Gemeinden das Recht erhalten sollen, im überwiegenden öffentlichen Interesse Informationen weiterzugeben oder zu veröffentlichen, insbesondere auch zum Schutz von Leben und Gesundheit der Bevölkerung. Dazu gehören vorrangig auch Pläne zu geplanten neuen Lizenzen zur Ölförderung und zu Fracking.

Das Landesverfassungsgericht hat entschieden, dass Fracking in Schleswig-Holstein durch Landesrecht nicht verboten werden darf. Aber wir können Fracking verhindern, wenn wir frühzeitig Informationen erhalten. Dazu brauchen wir Transparenz.

Transparenz ist auch notwendig, damit Leben und Gesundheit der Bevölkerung, von Feuerwehrleuten, im Rettungsdienst- und Katastrophenschutz mitarbeitenden in Zukunft einen höheren Stellenwert haben als Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse. Behörden müssen das Recht erhalten, auch ohne Anfrage Informationen z.B. über Gefahrstoffe an die Feuerwehren weiterleiten zu dürfen.

Nur wenn in Deutschland eine Abkehr von fossilen Energieträgern und der Erschließung neuer Vorkommen gelingt, können wir weltweit die Energiewende schaffen und die Klimaziele erreichen. Das kann nur mit Transparenz gelingen. Deshalb machen wir weiter mit dem Volksbegehren. Daher bitte ich Sie/Dich heute darum, das angehängte Formular auszudrucken, 5 Unterschriften selber zu sammeln und dieses Schreiben mit der Bitte um Unterstützung an 5 weitere Personen aus Schleswig-Holstein zu schicken. Unterschriftsberechtigt sind alle deutschen Staatsbürger ab 16 Jahren, die seit mindestens 6 Wochen in SH gemeldet sind. Sie/Du können/kannst das Unterschriftenformular im Anhang direkt ausdrucken oder auch bestellen bei der u.a. Adresse. Gerne senden wir Ihnen/Dir Unterschriftenformulare zu. (Die Einzelunterschrift pro Blatt ist wegen der Rechtslage leider erforderlich) Dr. Reinhard Knof, Vertrauensmann Volksbegehren zum Schutz des Wassers Am Holm 17, 24326 Nehnten info@vi-wasser.de, 0162-1389223 <https://vi-wasser.de/>

Es laufen jetzt viele Veranstaltungen zum Thema:

28.01.2020 um 19 Uhr in Lübeck, Museum für Natur & Umwelt, Musterbahn 8

29.01.2020 um 18:30 Uhr im CAP3 (neben dem Unihochhaus) in Kiel, gemeinsam mit Students for Future

30.01.2020 um 19 Uhr im Bürgerhaus Kaltenkirchen Friedenstr. 9 (mit der dortigen SPD)

06.02.2020 um 20 Uhr in Sievers Gasthof in Norderstapel, Hauptstraße 22, 25868 Stapel

10.02.2020 um 18 Uhr im Dörpshus in Postfeld, Grotenhof 1, 24211 Postfeld

11.02.2020 um 19:30 im Kinocenter in Rendsburg (vorher der Film „Promised Land“), Wallstraße 25, 24768 Rendsburg

Für das Volksbegehren benötigen wir auch Spenden! <https://www.keinco2endlager.de/spenden/>

WintershallDea möchte auch weiterhin im Weltnaturerbe Wattenmeer nach Öl bohren

WintershallDea plant auch weiterhin neue Ölbohrungen unterhalb des Weltnaturerbes Wattenmeer, das damit stark gefährdet würde. Die Bürgerinitiative gegen CO2-Endlager hält das Vorhaben für unzulässig und unverantwortlich und hat Minister Albrecht als zuständiger Genehmigungsbehörde in einem offenen Brief detailliert dargelegt, warum die Anträge auf neue Ölbohrungen im Weltnaturerbe Wattenmeer abgelehnt werden müssen. <https://www.keinco2endlager.de/offener-brief-an-min-albrecht-geplante-neu-bohrung-nach-erdoel-im-weltnaturerbe-wattenmeer/> Eine Antwort haben wir nicht erhalten.

Nicht nur Altmaier will CCS

Obwohl die Abscheidung und Endlagerung von Kohlendioxid (CCS) in Deutschland zur Zeit unzulässig ist, will nicht nur Bundeswirtschaftsminister Altmaier diese Risikotechnologie fördern, statt gezielt Alternativen zu erarbeiten oder weiter zu entwickeln. https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Industrie/industriestrategie-2030.pdf?__blob=publicationFile ,

sondern auch die hamburger Bürgermeisterkandidatin von Bündnis90/Die Grünen, Katharina Fegebank <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/die-gruenen-katharina-fegebank-verteidigt-absage-der-homoeopathie-kommission-a-ae66abca-ec6f-495a-9d8f-1c9980ec12a5>

Die Grünen in Schleswig-Holstein und auf Bundesebene schweigen zu diesem Vorstoß. Dabei sollten die Grünen wissen, dass die Fördergelder besser bei der Erforschung von Alternativen angelegt wären, als den bisher rund 4 Mrd. Euro Subventionen für CCS in Europa trotz nachgewiesenen Scheiterns dieser Technik noch weitere staatliche Mittel hinzuzufügen. Das wird durch eine Stellungnahme des europäischen Rechnungshofs zu den gescheiterten NER 300-Programmen bestätigt, in der die Effektivität des seit 2009 laufenden Programms zur Förderung von CCS bewertet wurde. <https://www.eca.europa.eu/de/Pages/DocItem.aspx?did=47082>

CCS ist nicht tot, sondern erhebt an vielen Stellen wieder sein Haupt, auch aus Ecken, aus denen man es nie vermutet hätte. Deshalb muss unser Widerstand ungebrochen weiter gehen!

Für unsere Arbeit benötigen wir auch Spenden! <https://www.keinco2endlager.de/spenden/>

LNG-Terminal in Brunsbüttel

Bisher zeigt der Widerstand gegen den Aufbau neuer fossiler Infrastruktur Wirkung. Trotz zugesagter Subventionen von 100 Mio. Euro durch das Land SH und den Bund sowie die 90%ige Übernahme der Pipelinkosten (ca. 130 Mio Euro) durch die Gaskunden hat die Betreiberfirma bis heute keinen Antrag zum Bau des Terminals gestellt. Dieser wäre auch nicht genehmigungsfähig.

Für die Erdgasleitung würde zudem die besonders empfindliche Elbmarsch durchquert. Auf dem Trassenverlauf formiert sich der Widerstand der Gemeinden, Umweltverbände, Betroffenen und Unternehmen. Auch die meisten Stadtwerke in Schleswig-Holstein sind gegen das Vorhaben!

Der Vorstand

Nur gemeinsam sind wir stark im Widerstand gegen CO2-Endlager und Fracking. Bitte unterstützen Sie uns! Wir waren bisher sehr erfolgreich, dürfen aber nicht nachlassen!

V.i.S.d.P.: Dr. Reinhard Knof

Spendenaufruf:

Wenn jeder nur 12 Euro im Jahr gäbe, würde es unsere Arbeit sehr erleichtern.

Für unsere Arbeit, wie z.B. den Druck von Plakaten, Unterschriftenlisten und Flyern und laufende Kosten benötigen wir neben unserem ehrenamtlichen Engagement auch Geld.

Wir bitten deshalb um Spenden, die bis zu einer Höhe von 200 Euro durch den Überweisungsbeleg direkt steuerlich geltend gemacht werden können. Für höhere Summen erstellen wir eine Spendenbescheinigung für das Finanzamt. Überweisungen bitte auf das hier angegebene Konto oder PayPal der als gemeinnützig anerkannten Bürgerinitiative gegen CO2-Endlager e.V. tätigen.

<https://www.keinco2endlager.de/spenden/>

Mehr Infos unter:

<http://www.kein-co2-endlager.de/>

<https://www.facebook.com/Kein-CO2-Endlager-175897405789374/>

https://twitter.com/ccs_stoppen

<http://www.vi-wasser.de/>

https://chaos.social/@vi_wasser

https://twitter.com/vi_wasser

<https://www.facebook.com/VolksbegehrenWasser>

https://www.instagram.com/vi_wasser/